Ausgabe 1 | 2015

Die offizielle Zeitung
der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion

FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION

Wie sicher ist Bayern?

Traumberuf Polizist?
Nachwuchs dringend gesucht!

Ein heißes Eisen
Untersuchungsausschuss „Labor“

Zankapfel
Vorratsdatenspeicherung

Konzertsaal München – Großbaustelle Kulturstaat Bayern

Innere Sicherheit – im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger

Liebe Leserinnen und Leser,

Leben in Sicherheit ist zentrale Aufgabe der Politik. Bei Sicherheit denkt man in erster Linie an Innere Sicherheit. Innere Sicherheit ist für uns FREIE WÄHLER schon lange ein Kernthema. Seit Jahren fordern wir deshalb eine ausreichende Personal- und Sachmittelausstattung der Polizei. Nur so kann beispielsweise der Kampf gegen Internet- und Einbruchskriminalität, Cristal Meth, Drogenmissbrauch und eine damit einhergehende Beschaffungskriminalität wirksam geführt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, werden zukünftig große Anstrengungen nötig sein. Denn was kaum jemand weiß: Der bayerischen Polizei steht in den kommenden Jahren eine riesige Pensionierungswelle bevor. Etwa ein Drittel der Beamten geht in den Ruhestand. Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion hat das zum Anlass genommen, um sich in einem Parlamentarischen Abend gemeinsam mit Experten intensiv mit diesem Thema auseinander zu setzen. Auch die praxisgerechte Umsetzung der EU-Arbeitszeitregelung wird im Bereich des Schichtdienstes eine große Herausforderung. Kaum zu glauben, dass an den Polizeidienststellenaußereinigen„Ledigenzimmern“nicht mal genügend Ruheräume zur Verfügung stehen, um sich zwischen den Schichten vernünftig zu erholen!

Eine effiziente Kriminalitätsbekämpfung ist längst keine ausschließliche Landesangelegenheit mehr. In einem zusammenwachsenden Europa muss auch das Thema Sicherheit länderübergreifend und international gedacht werden. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der tschechischen und bayerischen Polizei war deshalb auch Thema bei einem Treffen unserwer Abgeordneten mit Vertretern des Innenministeriums der tschechischen Republik in Prag.

Stichwort Vorratsdatenspeicherung: Eine gesellschaftlich mehrheitsfähige Abwägung zwischen Freiheit und Sicherheit zu finden, ist dringend notwendig. Keine Entscheidung zu treffen, wie derzeit, ist für die Sicherheitsbehörden ein unhaltbarer Zustand. Rechtssicherheit ist nötig! Wir haben eine Debatte dazu mit einem Fachgespräch im Bayerischen Landtag angestoßen. Gute Sicherheitspolitik ist Dauerauftrag, bei Vielem steht auch Bayern noch ganz am Anfang!

Auf eine weiterhin erfolgreiche
Politik der FREIEN WÄHLER
für Stadt und Land!

Hubert Aiwanger, MdL
Fraktionsvorsitzender

INHALT

Vorwort 02
Weitere Abgeordnete 03
Auf gute Nachbarschaft! 04
Untersuchungsausschuss „Labor“ – ein heißes Eisen 06
Fraktionsklausur in Wirsberg: Stadt und Land gemeinsam entwickeln 08
München leuchtet – wie lange noch? 10
Großbaustelle Kulturpolitik 11
10H Regelung – steht die Windkraft in Bayern vor dem Aus? 12
Parlamentarischer Abend
Fehler im System?! 14
Parlamentarischer Abend
Heute schon an übermorgen denken – Traumberuf Polizist? Nachwuchs dringend gesucht! 16
Zankapfel Vorratsdatenspeicherung 18
Wie lange können wir uns das noch leisten? 20
Informationen aus erster Hand 21
Interview:
Keine Ungleichbehandlung bei der Beamtenversorgung! 22
Sieht so „Koalition mit dem Volk“ aus? 24
Kommunales Mandat – Verantwortung und Ehrenamt 25
Aus der Kommunalpolitik in den Landtag:
Es muss sich dringend etwas ändern! 26
Das Finanzkonzept der FREIEN WÄHLER 28
Fraktion vor Ort …
Besuch des Europäischen Haus in Pappenheim gemeinsam mit MdEP Ulrike Müller 29
… in Wielenheim 29
Abgeordnete im Portrait
Dr. Karl Vetter 30
Kurz gesagt 31
Was sonst noch los war 31
Zahl des Quartals 31

Mit Hubert Aiwanger für Sie im Landtag:
Die weiteren Abgeordneten der FREIE WÄHLER Fraktion in alphabetischer Reihenfolge

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, MdL

Pflegepolitischer Sprecher, kulturpolitischer Sprecher, Mitglied im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst, Frankensprecher

Dr. Hans Jürgen Fahn, MdL

Mitglied im Ausschuss für Soziales, Familie, Jugend, Integration, generationenpolitischer Sprecher, Sprecher für Vertriebene und Flüchtlinge, Mitglied im Bundes- und Europaausschuss, entwicklungspolitischer Sprecher

Günther Felbinger, MdL

Mitglied im Ausschuss für Bildung und Kultus, Bildungspolitischer Sprecher, Mitglied in der interfraktionellen Arbeitsgruppe ‚Inklusion‘, sportpolitischer Sprecher, stellvertretender Ausschussvorsitzender Öffentlicher Dienst

Thorsten Glauber, MdL

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Mitglied im Wirtschaftsausschuss des Bayerischen Landtags und wirtschaftspolitischer Sprecher, energiepolitischer Sprecher

Eva Gottstein, MdL

Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport; Frauenpolitische Sprecherin, jugendpolitische Sprecherin

Joachim Hanisch, MdL

Mitglied im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport; Sprecher für kommunalpolitische Fragen

Johann Häusler, MdL

Mitglied im Landwirtschaftsausschuss, handwerks- und mittelstandspolitischer Sprecher, Mitglied im Wirtschaftsausschuss

Dr. Leopold Herz, MdL

Agrar- und forstpolitischer Sprecher, Mitglied des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Nikolaus Kraus, MdL

Mitglied im Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz, Sprecher für Verbraucherschutz

Peter Meyer, MdL

Vizepräsident des Bayerischen Landtags, Mitglied im Ausschuss für Fragen des Öffentlichen Dienstes, kirchenpolitischer Sprecher für die evangelisch-lutherische Kirche

Alexander Muthmann, MdL

Mitglied der Enquetekommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“, Mitglied im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen, Fraktionssprecher für Regionalplanung und Landesentwicklung

Prof. Dr. Michael Piazolo, MdL

Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst, hochschul- und medienpolitischer Sprecher; Mitglied im Ausschuss für Bildung und Kultus

Bernhard Pohl, MdL

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender, finanzpolitischer Sprecher, Mitglied im Haushaltsausschuss, vertriebenenpolitischer Sprecher

Gabi Schmidt, MdL

Sozial-, asyl- und familienpolitische Sprecherin, Mitglied im Sozialausschuss, Mitglied im Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten

Florian Streibl, MdL

Parlamentarischer Geschäftsführer und Mitglied im Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz, rechtspolitischer Sprecher, kirchenpolitischer Sprecher

Karl Vetter, MdL

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender, gesundheitspolitischer Sprecher, Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und Pflege

Jutta Widmann, MdL

Mitglied im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden, Mitglied im Arbeitskreise AK2 Finanzen, Wirtschaft, Kommunales und Innere Sicherheit

Benno Zierer, MdL

Mitglied Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz, Sprecher für Umwelt- und Klimaschutz, Mitglied im Ausschuss für Eingaben und Beschwerden

Auf gute Nachbarschaft!

Abgeordnete der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion besuchen Prag

Grenzüberschreitend unterwegs waren einige Abgeordnete der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion und verbrachten zwei Tage in Prag. Neben Gesprächen in der deutschen Botschaft und der bayerischen Repräsentanz in Prag standen ein Besuch des tschechischen Senats sowie des Innen- und Verkehrsministeriums auf dem Programm.

„Es waren sehr informative Gespräche, vor allem auch was die Zusammenarbeit zwischen der ostbayerischen Grenzregion und Tschechien betrifft."

Drogenkriminalität bekämpfen

Ein besorgniserregendes Thema, nämlich die rasante Verbreitung von Crystal Meth, kam im Innenministerium zur Sprache. Seit dem Jahr 2000 gibt es dazu eine gemeinsame Arbeitsgruppe, dennoch waren sich die bayerischen und auch die tschechischen Vertreter einig, dass die Präventionsarbeit auf beiden Seiten der Grenze intensivierungsbedürftig ist. Allerdings wird hierfür mehr Polizeipersonal benötigt. In Tschechien ist der Drogenmarkt seit einigen Jahren in der Hand von Vietnamesen. Die Strukturen sind für die offiziellen Stellen undurchsichtig und dementsprechend schwer zu greifen. Durch die Verschärfung von gesetzlichen Regelungen konnte man das Konsum-Problem einigermaßen in den Griff bekommen. Der freie Verkauf von Mitteln mit dem Wirkstoff Pseudoephedrin, das zur Crystal-Herstellung erforderlich ist, wurde eingeschränkt und ist mittlerweile um 80% rückläufig. Daher gibt es eine teilweise Umorientierung des Marktes auf Polen und andere Länder. Unser gemeinsames Ziel muss daher ein Verbot von Pseudoephedrin in der gesamten EU sein.

Abgeordnete der FREIEN WÄHLER auf dem historischen Balkon der Deutschen Botschaft in Prag

Länderübergreifende Verkehrsprojekte

Dem neuen Bundesverkehrswegeplan sehen unsere tschechischen Nachbarn mit Spannung entgegen. Denn darin werden auch für grenzüberschreitende Projekte wichtige Entscheidungen getroffen. Von besonderer Bedeutung ist dabei der Ausbau der B 12 bis Prag. Derzeit sind 40 Kilometer der Strecke vierspurig ausgebaut, weitere 36 Kilometer sollen hinzukommen.

Die zwei wichtigsten länderverbindenden Bahnlinien sind die Strecken Prag-Pilsen-Nürnberg-München und Pilsen-Cham-Schwandorf-Regensburg.

Herausforderung Energiewende

„Die Tschechen belächeln unser Vorhaben und glauben nicht, dass es gelingen wird."

Die deutsche Energiewende sieht man in unserem Nachbarland überwiegend skeptisch. Zum einen wird die Kernenergie dort noch überwiegend von der Bevölkerung befürwortet. Zum anderen gibt es die große Befürchtung einer Netzüberlastung in Tschechien, wenn der Netzausbau in Deutschland nicht gelingt. ■

Alexander Muthmann, MdL

Leiter des AK 2 (Finanzen, Wirtschaft, Energie, Kommunales und Innere Sicherheit) und Initiator der Informationsreise nach Prag

INTERVIEW

Untersuchungsausschuss „Labor“ – ein heißes Eisen

Ab 2006 standen deutschlandweit rund 10.000 Ärzte unter Verdacht, Patienten und Krankenkasse bei der Abrechnung von Laborleistungen um bis zu 500 Millionen Euro betrogen zu haben. Es wurde eigens eine Sonderkommission Labor beim Bayerischen Landeskriminalamt eingerichtet. Die meisten Vorwürfe sind mittlerweile offenbar wegen der Untätigkeit der Staatsanwaltschaft verjährt.

Herr Streibl, Sie haben als erster Abgeordneter einen Untersuchungsausschuss im Bayerischen Landtag zur sogenannten Laboraffäre gefordert. Was hat Sie zu diesem Schritt bewogen?

Der Fall eines Augsburger Medizinlabors beschäftigt den Bayerischen Landtag und mich als Abgeordneten schon lange. Seit den 1980er Jahren gibt es Hinweise darauf, dass etwas bei der Abrechnungstechnik im Laborbereich nicht stimmt. Ein Protagonist dieser Ereignisse, Dr. S., ist politisch bestens vernetzt, klagefreudig und bereit, seine Interessen wirkungsvoll zu verteidigen. Namhafte CSU-Politiker vertraten und vertreten ihn anwaltlich. Der Bayerische Landtag ist gefordert, im Untersuchungsausschuss Labor herauszufinden, ob eine politische Einflussnahme auf die diversen Ermittlungen gegen das Augsburger Medizinlabor, Laborarzt Dr. S. und möglicherweise bis zu 10.000 betroffene Ärzte stattfand. Anzeichen dafür gibt es viele. Am einprägsamsten ist wohl das Schicksal der SOKO Labor, die einen gigantischen Abrechnungsbetrug aufklären sollte und ohne konkrete Begründung um mehr als zwei Drittel ihrer Mitglieder reduziert wurde. Zwei LKA-Beamte, die sich damit nicht zufrieden geben wollten, wurden auf „freundliches Bitten“ der Anwälte von Laborarzt Dr. S. mit Gerichtsverfahren überzogen. Darüber hinaus wurde ihnen „pathologischer Ermittlungseifer“ unterstellt. Ich würde mir wünschen, dass die Polizei in ihren Ermittlungen von der Politik unterstützt wird. Die Staatsregierung sieht das offenbar anders und lässt die Bayerische Polizei im Regen stehen.

Der Untersuchungsausschuss ist am 16. Juli des letzten Jahres erstmalig zusammengetreten. Zwischenzeitlich fanden etwa ein Dutzend Sitzungen statt. Um welche Fragestellungen ging es dabei und sind Sie bereits zu einem ersten Fazit gelangt?

Im ersten Komplex des Untersuchungsausschusses haben wir gesundheitspolitische Fragen erörtert und mehrere Zeugen unter anderem des Landesamtes für Finanzen gehört. Fazit des ersten Teiles bei mir ist leider, dass die Kontrollmechanismen des Staates beim möglichen Missbrauch an beihilfeberechtigten Beamten nicht voll ausgeschöpft werden. Das heißt im Klartext, der Steuerzahler wird betrogen und das Landesamt für Finanzen verhindert dies nicht mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln. Der Präsident des Landesamtes für Finanzen relativierte den möglichen Betrug sogar, weil das Landesamt für Beihilfeberechtigte „ja eh zahlen würde“, egal ob Ärzte und Laborbetreiber falsch abrechnen. Ich habe auch festgestellt, dass einige Beamte wohl vergessen haben, wer ihr Dienstherr ist. Zur Erinnerung: Das ist nicht eine Partei, sondern der Freistaat Bayern!

Wie wird es Ihrer Meinung nach nun weitergehen?

Bei der absoluten Mehrheit in Bayern ist es eher schwierig, einen politischen Ausblick zu geben. Ich bin aber überzeugt, mit der Forderung nach Aufklärung in ein Wespennest gestochen zu haben. Die Staatsregierung mauert, wo es nur geht, das Verhältnis zu den Abgeordneten der Regierungsfraktion im Untersuchungsausschuss ist durchaus angespannt. Die übrigen im Landtag vertretenen Fraktionen müssen in dieser Sache eng zusammenarbeiten, um die Taktik des schnellen Abfrühstückens wichtiger Zeugen zu unterbinden. ■

Herr Streibl,
vielen Dank für das Gespräch.

Florian Streibl, MdL
Rechtspolitischer Sprecher, beschäftigt sich seit 2011 mit der Laboraffäre und hat als erster Abgeordneter einen Untersuchungsausschuss gefordert.

Der Untersuchungsausschuss Labor ...

...besteht aus 9 Abgeordneten (5 CSU, 2 SPD, 1 FW, 1 Grüne), für die FW unterstützen 3 Mitarbeiter den Abgeordneten Florian Streibl,

...muss ca. 3.000 Ordner oder 2 Mio. Seiten an geheimen Dokumenten von Ministerien, Staatsanwaltschaften und dem LKA auswerten,

...wird noch etwa 80 weitere Zeugen befragen, u.a. Dr. Stoiber, Ministerpräsident Seehofer, die zuständigen Minister und die Mitglieder der SOKO Labor,

...wird sich wohl noch bis 2016 hinziehen,

...wurde vom Landtag eingesetzt, um einen 14-seitigen Fragenkatalog zu klären, insbesondere:

- Sind die Staatsregierung, die Ministerien und Behörden ihren Aufsichtspflichten im Hinblick auf die Beachtung der Abrechnungsvorschriften und in Bezug auf das selbstverwaltete Gesundheitssystem nachgekommen?
- Beruhte die Vorgehensweise der Staatsanwaltschaft auf sachfremden Motiven und politischer Einflussnahme?
- Wurde die Sonderkommission „Labor“ von den vorgesetzten Stellen in ihrer Ermittlungsarbeit behindert?
- Wurden gegen die Beamten der SOKO aus sachfremden Motiven und aufgrund politischer Einflussnahme unangemessen lange Ermittlungs- und Disziplinarverfahren eingeleitet?
- Hat Dr. S. u.a. an den damaligen Ministerpräsidenten Stoiber gespendet, um politische Entscheidungen in der Gesundheitspolitik und den Umgang der Justiz mit ihm zu beeinflussen?

Chronologie

seit 80er Jahre	Ermittlungen gegen Laborarzt Dr. S.
1999	Weitere Ermittlungen gegen Laborarzt Dr. S. und Anklageerhebung – sein Anwalt ist der ehemalige CSU-Justizminister Leeb
2000	Der Laborarztskandal ist erstmals Thema im Landtag, Laborarzt Dr. S. gewährt Staatsanwalt Dr. H. ein zinsgünstiges Darlehen
2004/ 2005	Staatsanwalt Dr. H. stellt zwei Ermittlungsverfahren gegen Dr. S. wegen Abrechnungsbetrugs ein; Dr. S. spendet u.a. an den damaligen Ministerpräsidenten Dr. Stoiber
2006	Gegen den Staatsanwalt Dr. H. und Dr. S. wird ein Ermittlungsverfahren eingeleitet und sie werden später u. a. wegen Vorteilsannahme/Vorteilsgewährung verurteilt; die SOKO Labor wird eingerichtet
Ab 2007	Schrittweiser Personalabbau bei der SOKO Labor bis zur Auflösung 2008
2009	Die Staatsanwaltschaft München I erhebt in einem Pilotverfahren Anklage gegen den Arzt Dr. A. wegen Betruges, während die StA Augsburg angeblich entgegen einer internen Absprache die anderen Verfahren gegen weitere Ärzte einstellt und die Rückgabe der Akten verfügt (die meisten Vorwürfe sind heute verjährt)
2010	KHK Sattler sagt im Pilotverfahren als Zeuge aus – gegen ihn wird nach einem Schreiben von Dr. S´s Anwalt Gauweiler (CSU) u. a. an den LKA Präsidenten ein Verfahren wegen uneidlicher Falschaussage eingeleitet. Nach einer Anzeige des Dr. S. wird ein Ermittlungsverfahren gegen KOK Mahler wegen Verfolgung Unschuldiger und ein Disziplinarverfahren eingeleitet
2012	Der Bundesgerichtshof bestätigt die Verurteilung des Arztes im Pilotverfahren, zwischenzeitlich sind aber die Vorwürfe gegen die meisten anderen Ärzte verjährt. Die Ermittlungsverfahren gegen die beiden Polizeibeamten aus dem Jahr 2010 werden eingestellt, Laborarzt Dr. S. wird in einem aktuellen Verfahren gewerbsmäßiger Betrug vorgeworfen und der Schaden wird auf ca. 78 Mio. € beziffert
2013	Das Disziplinarverfahren gegen den Beamten Mahler wird eingestellt
2014	Nach einer umfassende Berichterstattung im Handelsblatt fordern die FW eine Aufklärung der Vorwürfe, nachdem auch ein Bericht im Rechtsausschuss keine Klarheit bringt, wird auf Initiative der FW der UA eingesetzt; hiergegen klagt Dr. S. erfolglos vor dem Verfassungsgerichtshof

Fraktionsklausur in Wirsberg

Stadt und Land gemeinsam entwickeln

Gleichwertige Lebensverhältnisse – das ist für die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion nicht nur ein Schlagwort, sondern politisches Programm. Seit ihrem Einzug in den Bayerischen Landtag setzen sie dieses auch durch die Wahl ihrer Tagungsorte um.

Die Fraktion macht mit ihren Klausurtagungen Station in allen Regionen Bayerns, um sich vor Ort und im engen Austausch mit Bürgern und Kommunalpolitikern ein Bild zu verschaffen.

Nach der Herbstklausur im schwäbischen Kaufbeuren veranstalteten die Abgeordneten die diesjährige Winterklausurtagung im oberfränkischen Wirsberg. Schwerpunktthemen waren die Bewältigung der Energiewende sowie die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Freistaat.

Gleichwertige Lebensverhältnisse

Die zögerliche Haltung der Staatsregierung lässt derzeit zu viele Probleme ungelöst. Die Probleme reichen von der zerbröselnden Verkehrsinfrastruktur über die Schließung öffentlicher Bäder und Freizeiteinrichtungen bis hin zur Abwasserentsorgung: Aus purer Geldnot werden immer mehr Lasten auf die Bürger verlagert.

„Der ländliche Raum muss wieder eine bessere Perspektive bekommen. Deshalb fordern wir 15 Prozent Kommunalanteil am allgemeinen Steuerverbund, um den Bürgermeistern mehr Handlungsspielraum bei der Gestaltung unserer Heimat zu geben.“ *(Hubert Aiwanger, Fraktionsvorsitzender)*

Innere Sicherheit

Ebenfalls ein Kernthema der FREIEN WÄHLER ist die Innere Sicherheit. Bereits im Herbst hatte die Fraktion dazu einen parlamentarischen Abend unter dem Motto „Nachwuchsmangel bei der Polizei“ veranstaltet (s. Bericht S. 16/17). Auf der Winterklausur standen nun insbesondere die Lage der Polizei in Oberfranken und die Problematik des zunehmenden Schmuggels der Modedroge Crystal Meth auf der Agenda.

Oberfrankens Polizeipräsident *Reinhard Kunkel* wies auf die sogenannten Asia-Märkte im tschechischen Grenzgebiet hin. Dort werden Crystal Meth und andere Drogen zu Billigpreisen auch an deutsche Abhängige verkauft. *Dr. Karl Vetter*, gesundheitspolitischer Fraktionssprecher, fordert daher eine Angleichung der Gesetzeslage beider Länder. Derzeit sind beispielsweise unangekündigte Durchsuchungen auf den Märkten nur schwer möglich.

„Die Hausaufgaben in der Grenzregion wurden auf deutscher Seite gemacht, aber die Strafverfolgung in Tschechien ist noch zu lasch.“ (*Dr. Karl Vetter, gesundheitspolitischer Sprecher)*

> „Nur wenn es den Gemeinden gutgeht, geht es auch den Bürgern gut.“
>
> *Peter Meyer, Landtagsvizepräsident und Abgeordneter aus Oberfranken*

Dr. Margarete Männlein-Mangold und *Robert Reich* von der Bayreuther Bezirksklinik berichteten den Abgeordneten von den gewaltigen gesundheitlichen Schäden, die Crystal Meth bei den Süchtigen nach sich zieht und stellten konkrete Vorschläge zur Bekämpfung vor.

Bewältigung der Energiewende

Eine Gleichstromtrasse quer durch Bayern lehnen die FREIEN WÄHLER ab. Bei einem Treffen mit örtlichen Bürgerinitiativen am Windpark Creußen betonte *Thorsten Glauber,* der energiepolitische Fraktionssprecher, in Sachen Windkraft sei die Region ein Aushängeschild für ganz Bayern, sie leiste einen wichtigen Beitrag zum Gelingen der Energiewende.

„Die geplante Monsterstromtrasse ist für die betroffenen Anwohner wie eine Autobahn ohne Auf- und Abfahrt – und somit ohne Nutzen.“ *(Thorsten Glauber, energiepolitischer Sprecher)*

Um sich ein umfassendes Bild zu machen, diskutierten die Abgeordneten im Anschluss in Bayreuth mit Vertretern des Stromnetzbetreibers Tennet. Dabei ging es vor allem um die grundsätzliche Notwendigkeit der Stromtrassen sowie alternative Szenarien. Glauber zeigte sich davon unbeeindruckt: „Diese milliardenteure Braunkohletrasse ist volkswirtschaftlicher Unsinn und bringt keine Versorgungssicherheit, zumal sie vor 2025 nicht fertig gestellt würde. Bayern braucht vernünftige Alternativen: Verzicht auf die 10H-Regelung, dezentrale Erzeugung und ein Marktdesign für hocheffiziente Gaskraftwerke.“

Dauerbaustelle Breitbandversorgung

Können Flächengemeinden ihren Eigenanteil am neuen Breitbandförderprogramm stemmen? Wie geht es nach Ablauf der siebenjährigen Bindungsfrist weiter und wie soll die interkommunale Zusammenarbeit finanziert werden? Auch darüber debattierten die Abgeordneten mit Experten. ■

München leuchtet – wie lange noch?

Umbau statt Neubau? Die Debatte um den Münchner Konzertsaal erhitzt derzeit die Gemüter. Nicht nur die Stargeigerin Anne-Sophie Mutter ist von der jetzt angedachten Lösung bitter enttäuscht. In einer Online-Petition fordern Tausende Bürger aus ganz Bayern den Bau eines neuen Konzert- und Kulturzentrums in München anstelle von beschlossener Komplettsanierung und Umbau des Gasteigs.

Wenn München auch künftig seinem internationalen Ruf als Kunstmetropole gerecht werden will, steht für uns FREIE WÄHLER außer Frage, dass ein dringender Bedarf für einen neuen, international wettbewerbsfähigen Konzertsaal besteht. Unsere Fraktion hat deshalb auch einen entsprechenden Dringlichkeitsantrag eingebracht, in dem wir genau dieses fordern. Inzwischen liegt auch eine vom Symphonieorchester des Bayerischen Rundfunks (BRSO) in Auftrag gegebenen Studie vor, die unsere Auffassung bestätigt.

Die derzeitigen Pläne der Staatsregierung, einen neuen Konzertsaal in der alten Hülle der Philharmonie im Kulturzentrum Gasteig zu bauen, sind nach unserer Überzeugung völlig unausgegoren und bergen unkalkulierbare technische und finanzielle Risiken. Mit unseren Bedenken stehen wir nicht allein. Auch Akustikexperten befürchten angesichts der zahlreichen Unwägbarkeiten ein Debakel. Im schlimmsten Fall übersteigen die Renovierungskosten die Kosten für einen Neubau sogar bei weitem – und das, ohne dass es irgendeine Verbesserung gibt. Das wollen wir unbedingt verhindern!

Schließlich stellt sich auch noch die Frage nach Interimsspielstätten für die Zeit des Baus. Gerade die während der Bauzeit entstehende mehrjährige Lücke im Münchner Konzertleben ist kaum verdaulich. Nach Einschätzung von Experten würde diese mindestens drei Jahre, vielleicht sogar auch deutlich länger, dauern. Das birgt auch die Gefahr, dass München in dieser Zeit nachhaltig den Anschluss an die Weltspitze verliert. Mit der Elbphilharmonie in Hamburg wird München in absehbarer Zeit ein starker Konkurrent im Musikleben erwachsen, dessen sollten sich die politisch Verantwortlichen bewusst sein.

Auch vor diesem Hintergrund böte ein neuer Konzertsaal in meinen Augen eine Jahrhundertchance, die man keinesfalls leichtfertig verspielen sollte.

Seit vielen Jahren setzt sich der Verein *Konzertsaal München* für eine sinnvolle Lösung der Konzertsaalfrage ein. Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik, Kultur und Medien haben sich zu dieser Initiative zusammengeschlossen, um den neuen Konzertsaal auf den Weg zu bringen. Inzwischen liegt nun auch ein architektonisch äußerst interessanter Entwurf vor. Diese Pläne sollen jetzt auf Eis gelegt werden. Es ist für mich nicht nur bedauerlich, sondern geradezu inakzeptabel, wenn der Freistaat bei seinen Planungen diese künstlerisch höchst engagierte und ambitionierte Szene völlig missachtet und stattdessen eine Lösung „von oben herab“ verkündet.

Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion werden wir uns weiterhin für einen Neubau einsetzen. Wir sehen darin nicht nur eine Bereicherung für das kulturelle Leben Münchens, sondern auch die Strahlkraft, die von einem neuen Konzertsaal für ganz Bayern ausgeht. ■

Prof. Dr. Michael Piazolo, MdL
Vorsitzender des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst und Münchner Abgeordneter

Großbaustelle Kulturpolitik

Bayern ist ein Kulturstaat. Um dieses Verfassungsziel auch künftig mit Leben zu füllen, bedarf es gewaltiger Anstrengungen im ganzen Land. Die derzeit heftig geführte Debatte um einen Konzertsaal in München ist dabei längst nicht die einzige kulturpolitische Frage, die Bayern bewegt.

Wenn ich die derzeitige bayerische Kulturlandschaft ansehe, komme ich nicht umhin, von einer Großbaustelle zu sprechen. Dies gilt sowohl im wörtlichen wie im übertragenen Sinn. Bayern hat in den kommenden Jahren nicht nur gewaltige Sanierungs-, Umbau- und Neubaumaßnahmen im Bereich Kultur zu stemmen, sondern benötigt darüber hinaus ein Gesamtkonzept für den „Kulturstandort Bayern“ – sowohl im Norden wie auch im Süden des Landes.

Schon jetzt ist absehbar, dass die ursprünglich angesetzten 400 Millionen Euro für die Generalsanierung des *Deutschen Museums* in München bei weitem nicht ausreichen werden. Nach derzeitigem Kenntnisstand lassen sich mit den vorhandenen Mitteln gerade einmal die Gebäudetechnik im Sammlungsbau und etwa drei Viertel der Ausstellungen erneuern. Außenanlagen, Bibliotheksgebäude und vor allem das Forum der Technik im alten Kongresssaal müssen dagegen auf eine Modernisierung warten.

Das *Richard-Wagner-Museum* in Bayreuth wird zwar demnächst in neuem Gewand und neuem Konzept eröffnen können, eine dauerhafte Finanzierung des ambitionierten Projekts ist allerdings bislang nicht gegeben und völlig offen.

Erste Ergebnisse einer Machbarkeitsstudie belegen den Bedarf für einen neuen *Konzertsaal in Nürnberg*. Noch ist allerdings sein Standort ebenso ungeklärt wie die Finanzierung. Auch für das *Opernhaus Nürnberg* besteht ein dringender Sanierungsbedarf.

Für die Sanierungspläne der *Festung Marienberg* in Würzburg und gegebenenfalls einen neuen Standort für das derzeit dort angesiedelte Staatsarchiv liegen nach Auskunft der Staatsregierung leider noch keine konkreten Ergebnisse vor.

Ein weiteres Fallbeispiel ist das *Stadttheater Landshut*. Dieses hat einen Sanierungsbedarf von ca. 20 Millionen Euro, die die Stadt angesichts ihrer Finanzlage keinesfalls alleine stemmen kann.

Die angeführten Beispiele zeigen, dass wir unbedingt einen mittelfristigen Finanzierungsplan für anstehende Sanierungen in ganz Bayern brauchen. Es ist falsch, immer nur Einzelfallentscheidungen zu treffen. Insbesondere der Bereich der Denkmalpflege muss in den kommenden Jahren unserer Meinung nach auf eine breitere gesamtgesellschaftliche Basis gestellt werden. Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion treten wir deshalb auch für eine Stiftung *Kulturerbe Bayern* ein.

Ein weiterer Punkt, der uns FREIEN WÄHLERN ganz besonders am Herzen liegt, ist die kulturelle Förderung in der Fläche. Neben den Leuchtturmprojekten, die zweifelsohne notwendig sind, brauchen wir auch eine verstärkte Förderung kleinerer, regionaler Projekte und niederschwelliger Kulturangebote wie Musikschulen, Musikvereine, Büchereien und öffentliche Mediatheken. Gerade letztere wurden, was ihre Finanzierung angeht, in den vergangenen zehn Jahren von Seiten der Staatsregierung recht stiefmütterlich behandelt. Dabei ist längst bekannt, dass gerade diese Einrichtungen sich immer mehr zu Orten der Begegnung entwickeln und so den Dialog zwischen den Generationen und Kulturen fördern. Trotzdem gibt es immer noch ein erhebliches Leistungsgefälle zwischen städtischen und ländlichen Büchereien. Das muss sich nach Überzeugung der FREIEN WÄHLER ändern. ■

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, MdL
Kulturpolitischer Sprecher und Mitglied im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst

10H Regelung – steht die Windkraft in Bayern vor dem Aus?

FREIE WÄHLER Landtagsfraktion, SPD und GRÜNE reichen Klagen gegen Windkraft-Blockade-Gesetz ein.

Die CSU hat im Bayerischen Landtag die 10H-Abstandsregelung für Windenergieanlagen durchgesetzt. Im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens hat eine Expertenanhörung gezeigt, dass das Gesetz nicht nur inhaltlich unsinnig, sondern auch juristisch höchst fragwürdig ist. Die Regelung ist unsinnig, da die Nutzung der Windenergie als kostengünstigste erneuerbare Energie mit dem niedrigsten Flächenverbrauch für das Gelingen der Energiewende in Bayern zwingend erforderlich ist. Durch die 10H-Regelung geht Wertschöpfung in Bayern verloren. Die dezentrale Energiegewinnung wird ausgebremst. Bürgerenergie ist bei der CSU offenbar unerwünscht. Darüber hinaus schadet die Regelung auch der Windkraftindustrie mit deutschlandweit 138.000 Arbeitsplätzen sowie den zahlreichen bayerischen Zulieferbetrieben.

Auch hinsichtlich der Verfassungsmäßigkeit der 10H-Regelung haben Sachverständige bei der Expertenanhörung im Landtag größte Bedenken angemeldet. Da die CSU diese Bedenken beiseite gewischt hat, haben die drei Oppositionsfraktionen im Landtag beschlossen, gegen die 10H-Regelung vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof zu klagen. Die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der Grünen haben mit der Klage *Prof. Dr. Josef Franz Lindner,* einen der renommiertesten Verfassungsrechtler in Bayern, beauftragt. Die SPD hat den Rechtsanwalt *Dr. Michael Bihler,* einen Experten für öffentliches Recht und Recht der Erneuerbaren Energien betraut. Die Opposition geht also mit geballtem Sachverstand gegen die 10H-Regelung vor.

Einer unserer größten Kritikpunkte ist, dass durch die 10H-Regelung de facto die kommunale Planungshoheit abgeschafft wird. Das Gesetz besagt nun, dass Nachbarkommunen ein Veto-Recht gegen einen Flächennutzungsplan einer anderen Kommune haben. Was kommt als nächstes? Ein Veto-Recht der Nachbarkommunen beim Kindergartenneubau? Ein einfaches Abstimmungsgebot mit den Nachbargemeinden gab es schon bisher und das hat bislang sehr gut funktioniert. Zum Veto-Recht sagen wir: Wehret den Anfängen! Eine Kommune muss weiterhin die Planungshoheit auf ihrem Gemeindegebiet haben.

Die von der Staatsregierung stets betonte Möglichkeit der Kommunen, durch Aufstellung eines Bebauungsplans auch innerhalb des 10H-Bereichs Windräder zu ermöglichen, bedeutet für die Kommunen, erneut eine teure, langwierige und komplizierte Bebauungsplanaufstellung in Angriff zu nehmen. Die Kommunen haben ihre Hausaufgaben aber längst gemacht und sollen jetzt ohne ersichtlichen Grund ein weiteres Mal horrende Kosten schultern.

„Durch die 10H-Regelung geht Wertschöpfung in Bayern verloren."

Während des Gesetzgebungsverfahrens hat sich bei der CSU aber erneut die Arroganz der Macht gezeigt, denn sie wollte eine weitere Anhörung zur Rechtmäßigkeit des Gesetzentwurfs erst dann, wenn das Gesetz bereits in Kraft getreten ist. Das ist unseres Erachtens eine Farce, weswegen auch dieser Punkt Eingang in unsere Verfassungsklage gefunden hat.

Den Wortlaut der Klageschrift finden Sie auf unserer Homepage unter unseren Positionen zum Thema Energie. ■

Thorsten Glauber, MdL
Energiepolitischer Sprecher

PARLAMENTARISCHER ABEND

Fehler im System?!

Parlamentarischer Abend suchte nach Rezepten gegen den Lehrlingsmangel in Bayern.

„Unsere Gesellschaft kann nicht gelingen, wenn sie nur noch Akademiker hervorbringt. Denn das Lebensglück hängt eben nicht von Abitur oder Hochschulabschluss ab – sondern davon, ob die berufliche Tätigkeit den Menschen ausfüllt."

Florian Streibl, parlamentarischer Geschäftsführer

Wie können Handwerksbetriebe und kleinere Unternehmen mit einem ausreichenden Angebot an Lehrlingen versorgt werden? Was muss getan werden, um Schülerinnen und Schüler frühzeitig an für sie geeignete Berufe heranzuführen? Auf diese und viele weitere Fragen suchte die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion bei ihrem Parlamentarischen Abend „Fehler im System?! – Ist der bayerische Lehrlingsmangel hausgemacht?" nach Antworten.

Günther Felbinger, bildungspolitischer Fraktionssprecher, begrüßte neben den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden *Dr. Karl Vetter* und *Bernhard Pohl*, dem Parlamentarischen Geschäftsführer *Florian Streibl* sowie dem Abgeordneten *Johann Häusler* rund 80 Gäste.

„Die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung ist den FREIEN WÄHLERN ein Herzensanliegen."

Günther Felbinger

Derzeit droht die berufliche Bildung im Freistaat gegenüber der akademischen Ausbildung in eine immer größere Schieflage zu geraten. Während auf der einen Seite bereits von einem neuen Hochschul-Prekariat gesprochen wird, herrscht zeitgleich ein eklatanter Mangel an Lehrlingen. Dazu lieferte der Leiter der Abteilung Berufliche Bildung bei der Handwerkskammer für München und Oberbayern, *Christian Gohlisch*, beunruhigende Zahlen. Demnach ist im Laufe der vergangenen zehn Jahre der Lehrlingsbestand im bayerischen Handwerk um knapp 20 Prozent zurückgegangen – allein seit 2009 hat sich die Anzahl der unbesetzten Lehrstellen sogar verdoppelt.

Problematisch ist auch die Zahl der Ausbildungsabbrüche. Zwar kann den meisten Schulabgängern eine Lehrstelle vermittelt werden, doch wurde 2012 fast ein Viertel der Ausbildungsverhältnisse vorzeitig gelöst. Das trifft insbesondere bei Berufen mit vergleichsweise geringen Bildungsvoraussetzungen wie Koch, Kraftfahrer oder im Gastgewerbe zu. Angesichts dieser Tatsache müssen wir die Passgenauigkeit zwischen Bewerbern und Stellen verbessern. Dazu gehört sicher auch, dass Betriebe die Attraktivität ihrer Ausbildungsstellen erhöhen. Wichtig ist aber auch, dass der Freistaat Bayern wieder mehr Fördergelder in die schulische Ausbildung junger Menschen steckt. Außerdem müssen Schüler von ihren Beratungslehrern frühzeitig auf für ihre Fähigkeiten und Interessen geeignete Berufe aufmerksam gemacht werden. Leider laufen Projekte zur Berufsorientierung oftmals viel zu rasch wieder aus. Hier brauchen wir dringen mehr Nachhaltigkeit, sprich eine Verstetigung der entsprechenden Haushaltsmittel. Denn eines ist klar: Investitionen in Bildung rechnen sich langfristig immer.

Diskussionsrunde beim Parlamentarischen Abend

Viele Eltern bauen einen ungeheuren Druck auf, um ihre Kinder zu Abitur und Hochschulreife zu bringen. Dabei bieten gerade Ausbildungsberufe vielfältige und interessante berufliche Möglichkeiten. Das müssen wir in der Öffentlichkeit wieder wesentlich stärker bewusst machen. ■

Günther Felbinger, MdL

Bildungspolitischer Sprecher

PARLAMENTARISCHER ABEND

Heute schon an übermorgen denken – Traumberuf Polizist? Nachwuchs dringend gesucht!

Parlamentarischer Abend befasst sich mit dem anstehenden Generationenwechsel bei der bayerischen Polizei.

Der bayerischen Polizei steht in den kommenden Jahren eine riesige Pensionierungswelle bevor: Etwa ein Drittel der Beamten geht in den Ruhestand. Angesichts einer steigenden Internet- und Drogenkriminalität sowie wachsender Gewalt gegen Polizisten ist das ein gewaltiger Aderlass. Die FREIEN WÄHLER nahmen dies zum Anlass, sich an einem Parlamentarischen Abend gemeinsam mit Fachleuten intensiv mit diesem brisanten Thema zu befassen und Experten zu Wort kommen zu lassen. Unter dem Motto „Wachablösung bei der Bayerischen Polizei – Was kommt nach der Pensionierungswelle?“ stellten Fachleute aus den Reihen der Polizei die derzeitigen Baustellen in der Polizeiarbeit dar. Dabei gingen sie u.a. der Frage nach, ob der Job des Polizisten immer noch ein Traumberuf ist. Was muss verbessert werden, um die geeigneten Anwärter für den Staatsdienst zu begeistern? Ist der Job überhaupt noch „familientauglich“?

„Etwa ein Drittel der Beamten geht in den Ruhestand.“

Für die Podiumsdiskussion hatte die Fraktion hochkarätige Teilnehmer gewinnen können. Vor einem äußerst interessierten (Fach-)Publikum diskutierten *Peter Schall*, stellvertretender Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, *Johann Wengenmeir*, Vorsitzender des Bundes Deutscher Kriminalbeamter, LV Bayern, Ministerialrat *Manfred Hauser*, Leiter des Referats „Personal der Polizei und des Landesamts für Verfassungsschutz; Aus- und Fortbildung“ im Bayerischen Innenministerium und *Hermann Benker*, stellvertretender Bundesvorsitzender der DPolG.

„Besonders die Innenpolitiker im Landtag müssen fraktionsübergreifend zusammenarbeiten und sich nachdrücklich für eine angemessene Sach- und Personalausstattung der Bayerischen Polizei einsetzen“ *(Bernhard Pohl)*

Manfred Hauser konnte zwar feststellen, dass alle pensionsbedingt weggefallenen Polizeikräfte der vergangenen zwei Jahre vollständig ersetzt wurden, es in diesem Zeitraum sogar ein effektives Plus von rund 700 Beamten gegeben habe. Dennoch ist die Situation keineswegs rosig, darin waren sich die Gesprächsteilnehmer einig. In ihrem Dienstalltag sehen sich Polizisten immer wieder mit neuen Herausforderungen, z. B. im Bereich der Umwelt- und der Internetdelikte konfrontiert, berichtete Johann Wengenmeir. Um die Attraktivität der Polizei zu erhöhen, ist mehr spezialisiertes Personal nötig, so sein Fazit.

Einen größeren Rückhalt des Dienstherrn wünschte sich Peter Schall für seine Kollegen. Wenn Beamten unverschuldet in juristische Schwierigkeiten gerieten, müsse ihnen der Dienstherr einen Anwalt stellen. Auch die Zahlung eines Schmerzensgeldes an im Dienst von Straftätern verletzte Kolleginnen und Kollegen sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Um die Motivation der Beamten zu heben und den Beruf bei jungen Leuten weiterhin attraktiv zu halten, setzte er sich außerdem für weitere Stellenhebungen ein.

„Wir FREIEN WÄHLER wollen uns gegen Sparmaßnahmen der Staatsregierung am Polizeietat einsetzen, damit die Beamten auch künftig Garant der Sicherheit bleiben.“ *(Peter Meyer, Vizepräsident und Mitglied im Ausschuss für Fragen des Öffentlichen Dienstes)*

Birgit Manghofer, die Beauftragte für Frauen und Familie der deutschen Polizeigewerkschaft, setzte sich nachdrücklich für eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein. Sie forderte in diesem Zusammenhang mehr Fairness bei der internen Beurteilung von Polizisten. Polizistinnen würden nach einer Babypause gerne schnell in Teilzeit weiterarbeiten und das sei auch dringend erforderlich, um die unter starker Arbeitsbelastung stehenden Kollegen zu entlasten. Allerdings bekämen Teilzeitkräfte oftmals schlechtere Beurteilungen, weil sie angeblich weniger leisteten. Das führe im Ergebnis zu einem unterproportionalen Aufstieg von Frauen im Polizeidienst und sei alles andere als fair. Telearbeit werde häufig erst gar nicht genehmigt. Manghofer forderte außerdem, personelle Ausfälle schneller zu kompensieren, weil die verbliebenen Beamten mancher Polizeiinspektionen sonst überfordert würden.

Auch *Hermann Benker* warnte vor einem drohenden Pensionierungsüberhang. Es müsse gelingen, vorausschauender einzustellen und auf diese Weise vor allem den sich aus Elternzeiten ergebenden Bedarf schneller zu kompensieren. Konkret gehe es um etwa 1.300 bis 1.400 Stellen jährlich, ohne die sich das hohe Sicherheitsniveau im Freistaat auf Dauer nicht halten ließe.

„Wir FREIE WÄHLER werden uns im Schulterschluss zwischen Politik, Polizei und Bürgern dafür einsetzen, dass der Polizeiberuf attraktiv und geachtet bleibt.“ *(Eva Gottstein)* ■

Eva Gottstein, MdL
Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

Zankapfel Vorratsdatenspeicherung

Jahrelang war über das Thema kontrovers diskutiert worden. Inzwischen liegen zwar sowohl vom Europäischen Gerichtshof als auch vom Bundesverfassungsgericht klare Richtersprüche vor, doch die schrecklichen Anschläge von Paris verleihen der Frage neue Brisanz. Vor diesem Hintergrund will die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion eine neuerliche gesamtgesellschaftliche Debatte anstoßen.

Ist die Vorratsdatenspeicherung ein notwendiges Mittel zur Terrorbekämpfung oder Datensammelwut, die keinerlei zusätzliche Sicherheit schafft? Darüber diskutierten Abgeordnete der FREIEN WÄHLER in einem Fachgespräch mit Polizei-, Justiz- und Datenschutzexperten im Bayerischen Landtag.

„Es muss vermieden werden, dass die grausamen Anschläge von Paris zu einer nicht mehr akzeptablen Einschränkung der Freiheit unserer Bürgerinnen und Bürger führen.“ *(Florian Streibl, Parlamentarischer Geschäftsführer und rechtspolitischer Fraktionssprecher)*

In einem freiheitlich verfassten Staat müssten immer auch Angemessenheit und Erforderlichkeit von Repressions- und Datenerfassungsmaßnahmen geprüft werden, sagte der Bayerische Landesbeauftragte für den Datenschutz, *Dr. Thomas Petri.* Petri bezeichnete die Vorratsdatenspeicherung als „Irreführung der Öffentlichkeit“: Kein EU-Mitgliedsstaat habe in den vergangenen Jahren mittels Vorratsdatenspeicherung auch nur einen Terroranschlag verhindern können.

Eine entgegengesetzte Position vertrat dagegen *Hermann Benker,* 1. stellvertretender Bundesvorsitzender der *Deutschen Polizeigewerkschaft* (DPolG). In Frankreich gibt es die Mindestdatenspeicherung von einem Jahr. Dies eröffnet laut Benker den Ermittlungsbehörden nach den Anschlägen die Chance, rasch weitere Kontaktmänner der Attentäter identifizieren zu können. Die Vorratsdatenspeicherung sei zwar für die Terrorbekämpfung nicht geeignet – jedoch sehr wohl für die Repression, wie das Beispiel „Paris“ zeige. Benker sprach sich für eine Mindestdatenspeicherung aus, da keine noch so engagierten Projekte und Integrationsbemühungen allein Terroranschläge verhindern könnten.

Auch Oberstaatsanwalt *Boris Raufeisen* aus Würzburg forderte einen verbesserten Zugriff auf Telekommunikationsdaten. Andernfalls kämen die Ermittlungsbehörden weder im Bereich der Einbruchskriminalität noch bei der organisierten Betäubungsmittelkriminalität an die Hintermänner heran. Das Nachermitteln lange zurückliegender Kommunikation sei auch im Bereich der Pädophilie von großer Bedeutung, der Richtervorbehalt sichere ein rechtsstaatliches Verfahren.

„Wichtig ist, dass wir nicht in einem Überwachungsstaat à la USA enden.“ *(Peter Meyer, Landtagsvizepräsident)*

Um dem verheerenden Eindruck einer „Totalüberwachung“ entgegenzutreten, schlug Meyer eine Differenzierung bei der Vorratsdatenspeicherung nach je nach Deliktart vor. Grundsätzlich müssten Terrorismus, Banden- und grenzüberschreitende Betrugskriminalität voneinander unterschieden werden. Dies unterstützte auch sein Fraktionskollege *Bernhard Pohl*.

Jenseits der Fragen um die Vorratsdatenspeicherung wies MdL Eva Gottstein noch auf ein weiteres Problem hin. Das Datensammeln in der freien Wirtschaft findet exzessiver denn je und auf allen Ebenen statt – beim Ticketkauf, dem Einsatz der Kreditkarte, beim Versand von E-Mails und auch bei der Nutzung sozialer Netzwerke. Überall würden die Nutzer Datenspuren hinterlassen.

„Wir müssen weiterhin um ein akzeptables Verhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit ringen. Mit oder ohne Vorratsdatenspeicherung: Einen hundertprozentigen Schutz wird es leider nie geben.“ *(Florian Streibl)* ■

Florian Streibl, MdL
Rechtspolitischer Sprecher

Vorratsdatenspeicherung

Unter Vorratsdatenspeicherung versteht man – wie der Name schon sagt – eine Speicherung von Daten auf Vorrat. Sie werden also gespeichert, ohne dass aktuell ein Interesse an deren Auswertung besteht. Grund für die Speicherung ist die Möglichkeit, dass diese Daten in Zukunft einmal gebraucht werden könnten.

In der Debatte um die Vorratsdatenspeicherung geht es um die Speicherung sogenannter Verkehrsdaten der Telekommunikation, also insbesondere Informationen darüber, wer wann mit wem und wie lange kommuniziert hat. Ausdrücklich nicht Inhalt der Vorratsdatenspeicherung ist der Gegenstand der Gespräche. Es soll also kein Gespräch aufgezeichnet werden, um später ermitteln zu können, worüber die Personen sich unterhalten haben.

Die Daten, um die es geht, werden schon heute von den Telekommunikationsanbietern erhoben. Wichtigster Zweck ist die Erstellung der Rechnung, für die es beispielsweise wichtig ist, an welchem Tag wie lange zum Beispiel mit welcher Rufnummer telefoniert wurde (Einzelverbindungsnachweis). Allerdings müssen diese Daten nach den aktuell geltenden Gesetzen sofort gelöscht werden, wenn sie nicht mehr benötigt werden. Das würde sich bei einer Vorratsdatenspeicherung ändern. Denn dann müssten die Provider diese Daten länger speichern und auf Verlangen an die Ermittlungsbehörden herausgeben. Wie lange die Provider die Daten speichern müssen und unter welchen Voraussetzungen welche Daten an die Behörden gegeben werden müssen, das sind zwei der wichtigsten Fragen, die die Politik jetzt beantworten muss.

Denn die Speicherung dieser personenbezogenen Daten über einen längeren Zeitraum stellt einen Eingriff in die Persönlichkeitsrechte aller Bürger dar, die diese Telekommunikationsmittel nutzen. Da dieser Eingriff zunächst ohne direkten Verdacht geschieht und die gespeicherten Daten eventuell erst später genutzt werden, muss eine sorgfältige Abwägung zwischen Grundrechtseingriff und Nutzen der Vorratsdatenspeicherung erfolgen. An diesem Punkt ist nicht nur die frühere deutsche Regelung von Vorratsdatenspeicherung gescheitert, sondern auch die EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung. Es ist nun Aufgabe der Politik, diese Gerichtsentscheidungen genau zu lesen und eine verfassungskonforme Möglichkeit zu finden, wie die Daten dennoch über einen längeren Zeitraum gespeichert und im Bedarfsfall abgerufen werden können. ■

Frauenmangel in der Kommunalpolitik

Wie lange können wir uns das noch leisten?

„Unsere Kommunalparlamente sollen ein Abbild der Gesellschaft darstellen. Wenn ich sehe, dass nur 23% der kommunalen Mandatsträger Frauen sind, dann ist klar, wo unsere Aufgaben der nächsten Jahre liegen."

Die Kommunalwahlen liegen gerade erst wenige Monate zurück und doch sollten wir uns schon jetzt auf die nächsten Wahlen vorbereiten. Dabei ist auffallend: Es sind viel zu wenig Frauen in unseren Kommunalparlamenten. Das ist nicht nur in Bayern so. Nur etwa 23% der Kommunalpolitiker in Deutschland sind Frauen. Diese Zahl ist seit Jahren unverändert.

Im Januar habe ich mich in diesem Zusammenhang mit einer Vertreterin der *Europäischen Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft* (kurz EAF) in Berlin getroffen und mit ihr gemeinsam überlegt, wie man mehr Frauen für die Kommunalpolitik begeistern kann.

Dabei zeigen Umfragen, dass sich Frauen gerne in der Kommunalpolitik engagieren – wenn man sie denn fragt. Sie stehen für ein gutes Zeitmanagement und wollen gut vorbereitete Sitzungen ohne weitschweifige Reden. Die kommunalen Mandatsträgerinnen in Deutschland sind überdurchschnittlich hoch gebildet. Untersuchungen haben zudem gezeigt, dass mehr als die Hälfte von ihnen wöchentlich zehn Stunden oder mehr für ihr politisches Ehrenamt aufwendet.

In Frankreich ist sogar gesetzlich vorgeschrieben, dass bei jeder Wahl jeder zweite Kandidat eine Frau sein muss. Wer sich nicht daran hält, muss eine Strafe zahlen. Was hat das gebracht? Auf kommunaler Ebene viel! Dort ist der Frauenanteil in den Kommunalparlamenten von 10% auf 40% gestiegen. Auf nationaler Ebene sieht es anders aus. Dort sind – wie bei uns – nur vergleichsweise wenig Frauen zu finden. Der Grund ist einfach: Auf nationaler Ebene zahlen die Parteien lieber die Strafe und stellen dafür größtenteils männliche Kandidaten auf. Ein Armutszeugnis!

Trotz allem bin ich jedoch der Meinung, dass es in Bayern keine vergleichbare gesetzliche Vorschrift geben sollte. Denn die Frauen in Bayern überzeugen durch ihre guten Leistungen in der Politik. Kaum ein Ortsverband wird es sich zukünftig leisten können, auf qualifizierte weibliche Kandidaten zu verzichten. Und, liebe Ortsvorsitzende, eine Information aus der repräsentativen Umfrage könnte Sie auch interessieren: 71% der befragten Kommunalpolitikerinnen wünschen sich mehr Unterstützung durch das private oder politische Umfeld. Also los – die nächste Kommunalwahl steht schon bald wieder vor der Tür! ■

Eva Gottstein, MdL
Frauenpolitische Sprecherin

Lesetipp: Broschüre „Engagiert vor Ort – Wege und Erfahrungen von Kommunalpolitikern", zu beziehen über den Publikationsversand der Bundesregierung, pubikationen@bundesregierung.de

Parlamentarischer Abend im Bayerischen Landtag am 8. Mai 2015

„Frauenpower – wie weiblich ist das Ehrenamt?" – Unter diesem Motto steht der Parlamentarische Abend der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion am 8. Mai ab 18 Uhr in den historischen Räumen des Bayerischen Landtags. Unsere Gäste erwarten Expertenvorträge und eine Podiumsdiskussion, sowie die Möglichkeit, sich persönlich mit den Abgeordneten zu unterhalten. Im Vorfeld gibt es die Möglichkeit einer kostenlosen Landtagsführung.

Infos und Anmeldung auf www.fw-landtag.de

Die Abgeordneten der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion mit MdEP Ulrike Müller (Reihe unten: 3. v. li.)

Informationen aus erster Hand

Von Brüssel direkt ins Maximilianeum.

Bei der Europawahl im Mai vergangenen Jahres war *Ulrike Müller* als erste Politikerin der FREIEN WÄHLER in das Brüsseler Parlament gewählt worden. Im Gespräch mit ihr verschaffte sich die Landtagsfraktion Informationen aus erster Hand zu den wichtigen Themen Ausländermaut, TTIP und Flüchtlingspolitik. Gleich zum Auftakt des Gesprächs äußerte MdEP Müller heftige Kritik an Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt.

„Dobrindt macht Deutschland mit seiner unseligen Ausländermautdebatte geradezu lächerlich. Die Mautpläne der CSU sind weder europarechtskonform, noch werden sie von Bundeskanzlerin Merkel unterstützt." *(Ulrike Müller, Abgeordnete des Europaparlaments)*

Fraktionsvorsitzender *Hubert Aiwanger* unterstützte Müllers Haltung ausdrücklich. „Die Pkw-Maut würde einen extremen Kontrollaufwand nach sich ziehen, sie bringt keine ausreichenden Einnahmen – und am Ende wird sich Dobrindt hinstellen und sagen, er hätte die deutschen Autofahrer gerne an anderer Stelle entlastet – leider lasse das europäische Recht dies nicht zu."

Einig waren sich Müller und die Fraktion auch beim umstrittenen Freihandelsabkommen TTIP. Europäische Standards – etwa das Meisterprivileg und die nachgewiesene Herkunft bayerischer Spezialitäten – dürften hierdurch unter keinen Umständen aufgegeben werden.

In der Flüchtlingspolitik forderte Müller einen Verteilerschlüssel nach Einwohnerzahl und Wirtschaftskraft. „Es ist nicht hinnehmbar, dass Staaten wie Großbritannien und Polen überhaupt keine Flüchtlinge aufnehmen, während andere Länder bereits mit der Bereitstellung ausreichender Asylunterkünfte überfordert sind." *(Müller)*

Dieser Besuch wird sicher nicht der letzte gewesen sein. Nach Müllers Erfahrung kommen nämlich derzeit viele für den Freistaat wichtige Themen aus unterschiedlichsten Politikbereichen überhaupt nicht im Europaausschuss des Bayerischen Landtags an. Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion wird sich deshalb auch weiterhin zu aktuellen Themen mit Informationen aus erster Hand versorgen lassen. ■

INTERVIEW

Keine Ungleichbehandlung bei der Beamtenversorgung!

Peter Meyer zum Gesetzentwurf der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion zur Beamtenversorgung.

Herr Meyer, die FREIEN WÄHLER haben einen Gesetzentwurf zur Beamtenversorgung eingebracht. Was war der konkrete Anlass dafür?
In der Vergangenheit wurden an den Ausschuss für Fragen des Öffentlichen Dienstes regelmäßig Petitionen mit einem konkreten Anliegen eingereicht. Insbesondere Beamte der zweiten Qualifikationsebene, meist aus dem Bereich des Justizvollzugs oder der Vermessungsämter, haben vor ihrer Berufung in das Beamtenverhältnis einen handwerklichen Beruf gelernt und dort viele Jahre – sozialversicherungspflichtig – gearbeitet, bevor sie sich für eine Beamtenlaufbahn entschieden haben. Die meisten kommen im Alter von 64 Jahren dann auf 45 Berufsjahre und mehr. Wenn sie aber diese 45 Jahre nicht im Beamtenverhältnis verbracht haben, können sie nicht abschlagsfrei in den Ruhestand gehen, während die Kollegen, die immer „nur“ Beamte waren, abschlagsfrei in den Ruhestand gehen können.

Das heißt, dass es bislang eine gewisse Ungleichbehandlung gibt?
Genau. Da soll unser Entwurf Abhilfe schaffen. Nach der derzeitigen Rechtslage sind es nur die Dienstjahre, die mit dem abschlagsfreien Ruhestand honoriert werden, und nicht die gesamte Lebensarbeitszeit. Dabei hieß es in der Begründung zum Neuen Dienstrecht noch, dass in Anlehnung an die rentenrechtlichen Bestimmungen es den Beamtinnen und Beamten ermöglicht werden soll, bei langjähriger Dienstzeit abschlagsfrei in den Ruhestand zu treten.

Diese Möglichkeit besteht derzeit aber nur für „Nur-Beamte“ oder „Nur-Arbeitnehmer“. Wer zwischen den Systeme gewechselt hat, hat das Nachsehen.
Es kommt für die Betroffenen sogar noch schlimmer: Soweit sie aufgrund ihrer langjährigen Dienstzeit von 40 Jahren und mehr bereits den Ruhegehaltshöchstsatz erreicht haben, wird ihnen die Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung voll auf die Pension angerechnet. Da sie aber keine 45 Dienstjahre vorweisen können, vermindert sich ihr Ruhegehaltssatz um diesen Abschlag. Und diese Differenz können sie auch nicht über die Zahlungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung ausgleichen. Diese derzeitige Regelung ist für die Betroffenen schwer nachvollziehbar und wird als ausgesprochen ungerecht empfunden. Und ich kann das verstehen.

„Nach unserem Gesetzentwurf sollen bei der Frage, ob die erforderlichen 45 Dienstjahre erreicht wurden, auch die Zeiten in einem privatrechtlichen Arbeitsverhältnis berücksichtigt werden.“

Peter Meyer,
Mitglied im Ausschuss für Fragen des Öffentlichen Dienstes

Wie sieht Ihr Lösungsansatz für dieses Problem aus?
Entweder muss man auf die Anrechnung der Rente auf die Pension verzichten oder aber man muss, wenn man schon die Pension in der Höhe der gesetzlichen Rente kürzt und somit einen Vorteil aus den Vordienstzeiten zieht, dann auch die diesem Rentenanspruch zugrundeliegende Arbeitsleitung angemessen berücksichtigen.

Nach unserem Gesetzentwurf sollen bei der Frage, ob die erforderlichen 45 Dienstjahre erreicht wurden, auch die Zeiten in einem privatrechtlichen Arbeitsverhältnis berücksichtigt werden. Es soll also zukünftig nicht mehr nur auf die Dienstzeit, sondern auf die Lebensarbeitszeit abgestellt werden. Um den Freistaat Bayern als Versorgungslastenträger aber nicht über Gebühr zu belasten, sollen sich die Zeiten in einem privatrechtlichen Arbeitsverhältnis nach unserer Vorstellung aber nicht versorgungserhöhend auswirken. Der Ruhegehaltssatz soll sich auch weiterhin aus den Dienstjahren errechnen.

Der Gesetzentwurf wurde bereits in erster Lesung und im Ausschuss für Fragen des Öffentlichen Dienstes behandelt.

Wie geht es nun weiter?
Die CSU-Fraktion hat den Gesetzentwurf im Ausschuss abgelehnt. In gleicher Weise wird wohl auch der mitberatende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen entscheiden. Am Ende wird der Gesetzentwurf wohl leider von der CSU mit ihrer absoluten Mehrheit abgelehnt werden. Das tut mir vor allem für die Betroffenen leid, die weiterhin trotz 45 Berufsjahren und mehr nicht in den Ruhestand gehen können, weil sie sich den Abschlag einfach nicht leisten können. ■

Herr Meyer, vielen Dank für das Gespräch.

Peter Meyer, MdL
Mitglied im Ausschuss für Fragen des Öffentlichen Dienstes

Sieht so „Koalition mit dem Volk“ aus?

Hilferuf von 82.000 Bürgern kaltschnäuzig ignoriert. Die CSU lehnt im Landtag Massenpedition gegen dritte Startbahn ab. Die dritte Startbahn wird nicht für die Menschen in München, der Region oder Bayern gebaut, sondern für Umsteiger aus aller Welt. Letztlich profitieren aber weder die Region noch Bayern.

Die Staatsregierung will um jeden Preis am Bau der dritten Startbahn für den Münchner Flughafen festhalten und diese so rasch wie möglich bauen. Das steht für mich nach dem Abstimmungsverhalten der CSU im Wirtschaftsausschuss fest.

Das Argument, man könne der Petition der Anwohner nicht zustimmen, weil man erst das Urteil zur Baugenehmigung abwarten wolle, ist fadenscheinig und zeigt deutlich, wohin die Reise gehen soll.

Seit mehr als neun Jahren muss die Bevölkerung vor Ort mit der quälenden Ungewissheit leben, dass die Lärm- und Umweltbelastungen durch den Bau einer dritten Startbahn noch einmal deutlich stiegen – oder dass die Menschen sogar ganz aus ihrer Heimat vertrieben werden. Mit ihrer Entscheidung hat CSU nun im Bayerischen Landtag dafür gesorgt, dass diese Ungewissheit für die Menschen in der Region anhalten wird.

Das ist umso bedauerlicher, da es für die dritte Startbahn schlicht und ergreifend keine Notwendigkeit gibt. Die prognostizierten Flugbewegungen haben nichts mit der Realität zu tun; von der angekündigten Trendwende nach oben ist auch 2015 weit und breit nichts zu erkennen. Sehr real ist dagegen bereits jetzt die enorme Lärmbelastung für viele Flughafenanwohner.

Nicht nur das: Die Unterzeichner der Petition sind der Überzeugung, dass die dritte Startbahn sowohl unter den Aspekten des Umwelt- und Klimaschutzes als auch unter wirtschaftlichen Aspekten unsinnig ist. Die dritte Startbahn kostet nach neuesten Schätzungen 1,2 Milliarden Euro. Aktuell hat die Flughafen München GmbH jedoch 2,23 Milliarden Euro Schulden. Da die Flughafengesellschaft im Besitz der öffentlichen Hand ist, bürgen letztlich alle Steuerzahler für das Risiko einer überflüssigen Start- und Landebahn. Geld, das nach Meinung vieler in vielen anderen Infrastrukturmaßnahmen besser angelegt wäre. ■

> „Die angebliche Seehofersche ‚Koalition mit der Bevölkerung‘ ist eine Farce – denn daran hält sich die CSU nur dann, wenn es ihr gerade in den Kram passt.“

Benno Zierer, MdL
Sprecher für Umwelt- und Klimaschutz

Kommunales Mandat – Verantwortung und Ehrenamt

Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion empfängt Kommunalpolitiker aus allen Teilen Bayerns.

Auch im Maximilianeum denken die FREIEN WÄHLER stets aus der Perspektive der Kommunen. Ein gemeinsamer Abend mit Kommunalpolitikern aus ganz Bayern bot die Gelegenheit, neue Ideen und Impulse aufzunehmen. Unter dem Motto „Kommunales Mandat – Verantwortung und Ehrenamt“ würdigte die Landtagsfraktion die große persönliche Leistung der rund 300 geladenen Gäste – stellvertretend für viele Tausend weitere Mandatsträger im Land.

Die Landtagsfraktion wird ihre Arbeit im Bayerischen Landtag auch in Zukunft auf das Wohl der Gemeinden und Landkreise ausrichten und sich für eine Stärkung der Kommunen in Bayern einsetzen. Das hat gute Gründe: Denn Gesetze werden zwar auf Landes-, Bundes- und Europaebene gemacht, aber erst in den Kommunen merkt man, wo die konkreten Probleme liegen. Für eine gute und sachgerechte Politik ist daher die gute Kommunikation zwischen kommunaler Ebene und Fraktion unerlässlich.

„Wir fordern 15 Prozent Kommunalanteil am allgemeinen Steuerverbund.“ *(Joachim Hanisch, Mitglied im Landtagsausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport)*

„Wir FREIE WÄHLER verstehen uns als Herzschrittmacher der Landespolitik – wir sind gerne die Ideengeber der Staatsregierung.“ *(Florian Streibl, MdL, im Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz, Datenschutzkommission des Bayerischen Landtags)*

„Die 10H-Regel der Staatsregierung bedeutet faktisch das Aus der Windkraft im Freistaat, wir klagen dagegen vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof.“ *(Hubert Aiwanger, MdL, Fraktionsvorsitzender)* ■

AUS DER KOMMUNALPOLITIK IN DEN LANDTAG

Es muss sich dringend etwas ändern!

Straßenausbaubeiträge müssen gerechter verteilt werden

Das Thema „Straßenausbaubeitragssatzungen“ begleitet uns FREIE WÄHLER seit dem ersten Tag unserer Landtagsarbeit. Beinahe wöchentlich kommen Beschwerdeschreiben von besorgten, oft auch wütenden Bürgern. Mal geht es um die gesetzlichen Regelungen als solche, mal um die Auslegung der gesetzlichen Vorschriften im konkreten Fall.

„Wir nehmen die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger sehr ernst. Eine Änderung der Regelungen muss jedoch sehr gut durchdacht und vorbereitet sein, um tatsächlich etwas zu verbessern“.

Ich war daher auch Mitglied einer interfraktionellen Arbeitsgruppe des Innenausschusses, die eine Expertenanhörung zu Verbesserungsmöglichkeiten der aktuellen gesetzlichen Regelungen vorbereitet hat. Am 15. Juli werden nun im Bayerischen Landtag die Interessengruppen zu Wort kommen und ihre Vorschläge unterbreiten.

„Wir nehmen die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger sehr ernst.“

Joachim Hanisch

Eine solche Expertenanhörung hat für uns Abgeordnete den Vorteil, dass die Interessen aller Beteiligter direkt gegeneinander abgewogen werden und sinnvolle Entscheidungen getroffen werden können. Denn eine Frage muss wohl oder übel beantwortet werden: Wer wird die Straßenausbaukosten in Zukunft bezahlen? Diejenigen, die eine komplette Abschaffung der Beitragssatzungen fordern, möchten die entstehenden Kosten über eine Erhöhung der Grundsteuer decken. Das bedeutet aber auch, dass diejenigen, die schon einmal für einen Straßenausbau gezahlt haben, nun über die deutlich erhöhte Grundsteuer auch für die anderen Straßen mitbezahlen müssen. Diese Lösung überzeugt uns daher aktuell nicht und wäre unter Umständen auch rechtlich bedenklich. Überdies würde sie eine zusätzliche Belastung der Mieter darstellen, da die Grundsteuern als Nebenkosten umgelegt werden können.

Wir FREIE WÄHLER setzen auf eine Verbesserung der bestehenden Regelung. Und dazu gibt es viele Ansatzpunkte. Der wichtigste Punkt ist die Abkoppelung der Straßenausbaubeitragssatzung von den Stabilisierungshilfen. Denn aktuell ist es so, dass einer finanzschwachen Gemeinde keine staatliche Förderung zuteil wird, wenn sie nicht zuvor eine Straßenausbaubeitragssatzung eingeführt hat. Dies halte ich jedoch für falsch. Denn eine finanzschwache Gemeinde wird durch diese Satzung nicht finanzstärker. Es wird vielmehr so lange es geht auf eine Sanierung der Straßen verzichtet werden, was die Gemeinde nicht gerade attraktiver macht. Das ist ein Teufelskreis, der niemandem hilft.

Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion plädiert zudem für die Änderung der Soll-Vorschrift in Art. 5 KAG in eine Kann-Regelung. Dies würde zusätzliche Spielräume schaffen, kann jedoch auch nur ein Baustein einer größeren Regelung sein. Im Rahmen der Expertenanhörung soll daher auch überlegt werden, ob die zum Beispiel in Rheinland-Pfalz oder Hessen praktizierte Methode der wiederkehrenden Beiträge in Verbindung mit größeren Abrechnungseinheiten auch in Bayern zusätzlich ermöglicht werden soll.

Außerdem wäre es wichtig, die Spielräume der Kommunen zu vergrößern, zum Beispiel durch eine größere Spanne der Prozentsätze, nach denen sich die Kostenaufteilung zwischen Gemeinde und Bürgern berechnet. Überdies sollte es ermöglicht werden, dass die Bürger zum Beispiel schon circa fünf Jahre vor der Straßenbaumaßnahme in einen Topf einzahlen und dann der Rest der Straßenausbaukosten über einen weiteren Zeitraum von etwa fünf Jahren nach der Maßnahme abgezahlt wird. Durch solche Veränderungen könnten die Belastungen für die Bürger deutlich abgemildert werden.

Wir sind uns der großen Chance bewusst, die eine solche Anhörung bietet. Es ist nun unsere Aufgabe, eine Lösung zu finden, die die Bürger entlastet, ohne die Kommunen vor unüberwindbare finanzielle Probleme zu stellen. ■

Joachim Hanisch, MdL
Sprecher für kommunalpolitische Fragen

Das Finanzkonzept der FREIEN WÄHLER

Unsere finanzpolitischen Forderungen

2019 endet der Solidaritätszuschlag als Sonderabgabe zur Bewältigung der Folgen der Deutschen Einheit. Bereits jetzt wird bezweifelt, dass dieses Sonderopfer derzeit noch verfassungskonform ist. Über 2019 hinaus könnte der Soli nur dann verlängert werden, wenn die Abgabe in den allgemeinen Steuertarif integriert wird. Die Beibehaltung des Soli in anderer Form wäre also eine echte Steuererhöhung.

Die FREIEN WÄHLER fordern bereits seit mehr als einem Jahrzehnt, den Solidaritätszuschlag bis zu dessen Auslaufen nicht mehr als reine Ostförderung zu begreifen, sondern die Erlöse der Sonderabgabe besonders benachteiligten Regionen in ganz Deutschland zukommen lassen. Auch über den Länderfinanzausgleich wollen wir neu nachdenken. Er wurde vor 13 Jahren von der Staatsregierung unter Ministerpräsident Edmund Stoiber ausgehandelt und benachteiligt Bayern erheblich: Der Freistaat allein schultert fünf Milliarden Euro pro Jahr, während das Land Berlin mit mehr als drei Milliarden Euro der größte Nutznießer ist. Wir unterstützen daher die Klage des Freistaats Bayern vor dem Bundesverfassungsgericht. Vor diesem Hintergrund stellt die Landtagsfraktion mehrere Kernforderungen auf.

1. Schluss mit versteckten Steuererhöhungen: Kalte Progression stoppen und Solidaritätszuschlag abschaffen

Wer den Solidaritätszuschlag beibehalten will, erhöht die Steuern deutlich. Der Soli ist eine zeitlich befristete Sonderabgabe, die 2019 ausläuft. Eine Verlängerung darf es nach unserer Auffassung nicht geben. Darüber hinaus muss auch der kalten Progression ein Ende bereitet werden, denn sie bedeutet Jahr für Jahr eine Steuererhöhung.

2. Länderfinanzausgleich: Stärkerer Leistungsanreiz statt bloßer Umverteilung

Der sogenannte horizontale Länderfinanzausgleich straft die Bundesländer, die überdurchschnittlich hohe Einnahmen erzielen und eine erfolgreiche Wirtschafts- und Steuerpolitik betreiben. Das nimmt diesen Ländern den Anreiz, noch besser zu werden und schadet damit der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung in ganz Deutschland. Wir wollen daher das Volumen des Länderfinanzausgleichs deutlich reduzieren. Sinnvoller ist es stattdessen, gezielte Strukturhilfen für benachteiligte Regionen zu leisten. Dies versetzt einnahmeschwache Bundesländer mittel- und langfristig auch in die Lage, ihre Leistungsfähigkeit aus eigener Kraft zu erhöhen.

3. Gezielte Regionalförderung

Im Rahmen des vertikalen Finanzausgleichs – damit sind Ergänzungszuweisungen und Sonderbedarfszuweisungen gemeint – soll der Bund künftig direkt strukturelle Hilfe für benachteiligte Regionen in Deutschland aus dem allgemeinen Steueraufkommen leisten. Empfänger ist das jeweilige Bundesland, das die Zahlungen aber zweckgebunden erhält und für konkrete, genau definierte Maßnahmen der Wirtschaftsförderung verwenden muss: Beispielsweise zur Schaffung und Verbesserung von Verkehrsinfrastruktur. Wenn der Bund die Verantwortung für gleichwertige Lebensverhältnisse hat, muss er bei der Mittelverwendung auch den Rahmen setzen und die Ziele vorgeben können.

4. Erbschaftssteuer abschaffen

Die FREIEN WÄHLER lehnen die doppelte Besteuerung der Einkommen über die Erbschaftssteuer ab. Vererbtes Vermögen wurde bereits beim Erwerb versteuert. Das Erbschaftssteuerrecht ist höchst bürokratisch und ständig Gegenstand verfassungsrechtlicher Überprüfungen. Die Fortführung von Familienunternehmen darf nicht durch eine Besteuerung der Unternehmensnachfolge gefährdet werden. Daher: Nicht weiter an der Erbschaftssteuer herumdoktern – abschaffen!

5. Transparente und nachvollziehbare Mehrwertsteuersätze

Voller Mehrwertsteuersatz für Babynahrung und Medikamente, aber 7 Prozent für Tiernahrung – das geht nicht. Auch die Gastronomie sollte zur Stärkung der Wirtschaftlichkeit auf 7 Prozent reduziert werden. ■

Bernhard Pohl, MdL
Finanzpolitischer Sprecher

FRAKTION VOR ORT ...

Besuch des Europäischen Haus in Pappenheim gemeinsam mit MdEP Ulrike Müller

In einer Bürgerdiskussionsveranstaltung sprachen die Landtagsabgeordneten *Gabi Schmidt* (3. v. li.) und *Johann Häusler* (4. v. li.) gemeinsam mit MdEP *Ulrike Müller* (1. v. li.)über das Thema „Wozu die EU? – Landwirtschaft und ländliche Entwicklung“. Die FREIEN WÄHLER forderten mehr Unterstützung für bäuerliche Familienbetriebe sowie eine personelle Aufstockung der Ämter für ländliche Entwicklung. ■

FRAKTION VOR ORT ...

...in Wielenbach

Abgeordnete der FREIEN WÄHLER haben sich im oberbayerischen Landkreis Weilheim-Schongau über das Potenzial der Stromerzeugung aus Wasserkraft an der Ammer informiert.

In einem Dringlichkeitsantrag forderten sie anschließend die Staatsregierung auf, den Abriss des Grundwehrs III an der Ammer bei Wielenbach auszusetzen und erneut die Möglichkeiten einer Wasserkraftnutzung mit fischverträglicheren Techniken zu prüfen. Eine Machbarkeitsstudie war nämlich zu dem Ergebnis gekommen, dass eine Wasserkraftnutzung am Grundwehr III auch so ausgestaltet werden könnte, dass durch eine zu errichtende raue Rampe die Durchgängigkeit auch im Fall einer Wasserkraftnutzung geschaffen werden könnte. ■

Abgeordnete der FREIEN WÄHLER besichtigen das Wasserkraftwerk an der Ammer.

ABGEORDNETE IM PORTRAIT

„Ich bin überzeugt,...

...in einer aktiven und kritisch denkenden Gruppierung mittel- und langfristig die Lebensbedingungen der Menschen in Bayern unabhängig von jeder Parteidoktrin verbessern zu können."

Dr. Karl Vetter

Gesundheitspolitischer Sprecher, Mitglied im Ausschuss für Gesundheit und Pflege und stellvertretender Fraktionsvorsitzender

geb. 1953 in Roding

wohnhaft in Roding

verheiratet, 1 Tochter

Beruf: Orthopäde

Wenn ich im Alleingang ein Gesetz beschließen könnte, würde ich die Armut auf der Welt verbieten (beides bleibt natürlich Illusion).

Wenn ich mir einen Arbeitsplatz oder ein Amt frei wählen könnte, würde ich im Moment gar nichts ändern.

Wenn ich einen Traum in die Wirklichkeit umsetzen könnte, würde ich einen Sommer durchs Mittelmeer segeln.

Wenn mich ein Freund nach einem Tipp für seinen Bayern-Urlaub fragt, würde ich ihn auf die mittlerweile exzellente Hotellerie und Gastronomie im Bayerischen Wald aufmerksam machen.

Wenn ich einen Abend lang das Fernsehprogramm bestimmen könnte, würde ich ungefähr 100 Programme gleichzeitig anschauen.

Wenn ich mal einen völlig freien Tag hätte, würde ich die Natur in jeder Form genießen.

Um mehr Jugendliche für Politik zu interessieren, würde ich einmal ernsthaft hinterfragen, warum das so ist. Die Frage ginge dann vor allem an Politiker.

Wenn ich eine Zeitmaschine hätte, würde ich mich gelegentlich in unterschiedlichste Epochen zurückversetzen lassen, aber immer mit der Garantie, wieder in die jetzige Zeit zurückkommen zu können. ■

KURZ GESAGT

Unterstützung für Christian Springer

Landtagsabgeordnete der FREIEN WÄHLER haben in Freising zahlreiche Sachspenden an den Kabarettisten und Gründer der Hilfsorganisation *Orienthelfer e.V.*, *Christian Springer*, übergeben. Auf dem Bauernhof des Abgeordneten *Benno Zierer* konnten u.a. zwei Einsatzfahrzeuge für die Feuerwehr, Atemschutzgerät, Feuerwehrschläuche, Einsatzkleidung und Sanitätsausrüstung an Springer ausgehändigt werden. Wenige Wochen später konnte MdL *Dr. Hans Jürgen Fahn* für die *Orienthelfer* weitere Hilfsgüter in Unterfranken entgegennehmen. Springers Organisation hilft insbesondere Flüchtlingen vor Ort in Syrien und im Libanon. ■

Hubert Aiwanger (1. v. li.), Benno Zierer (2. v. li.), Gabi Schmidt (3. v. li.), Christian Springer (4. v. li.)

Zahl des Quartals

10H = 10 x die Höhe des Windrades

Windenergieanlagen müssen einen Mindestabstand vom 10-fachen ihrer Höhe zur nächsten Wohnbebauung haben.

WAS SONST NOCH LOS WAR ...

Montag, 1. Dezember 2014

Verfassungsmedaille für Manfred Pointner

Der frühere Abgeordnete der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion *Manfred Pointner* hat die Bayerische Verfassungsmedaille in Silber erhalten. Damit würdigt der Bayerische Landtag Pointners langjähriges Engagement für die Kommunalpolitik. Während seiner zwölfjährigen Amtszeit als Erster Bürgermeister der Gemeinde Hallbergmoos habe Pointner die Entwicklung vom Dorf zur modernen Gemeinde am Rande des Großflughafens München gesteuert. Auch als Landrat des Landkreises Freising stellte Pointner „sein besonderes Gespür für die kommunalen Belange unter Beweis und blieb den Bürgerinnen und Bürgern ein stets verlässlicher Ansprechpartner", heißt es in der offiziellen Würdigung des Bayerischen Landtags. Pointner leistete als Finanzexperte der Landtagsfraktion herausragende Arbeit in der vergangenen Legislaturperiode und steht der Fraktion auch heute noch beratend zur Seite. ■

Benno Zierer (links), Manfred Pointner (Mitte) und Hubert Aiwanger (rechts)

Freitag, 16. Januar 2015

Zu Besuch auf der Grünen Woche in Berlin – FREIE WÄHLER beim Empfang der Waldeigentümer

Die Landtagsfraktion der FREIEN WÄHLER nahm teil am Empfang der Waldeigentümer im Rahmen der Grünen Woche in Berlin. Dabei trafen die Abgeordneten auch mit der bayerischen Umweltministerin *Ulrike Scharf* zusammen. ■

Dienstag, 10. Februar 2015

In einem **Dringlichkeitsantrag** fordern die FREIEN WÄHLER zu prüfen, ob die in § 35 Abs. 5a StVO festgeschriebenen Sonderrechte für Fahrzeuge des Rettungsdienstes in Bayern sachgerecht umgesetzt werden. Anlass dafür war der Fall des Notarztes aus Neuburg an der Donau, der wegen angeblicher Verkehrsgefährdung einen Strafbefehl über 4.500 Euro und sechs Monate Fahrverbot erhalten sollte. Der Mann war auf einem Einsatz, bei dem ein zweijähriges Kind zu ersticken drohte. ■

Impressum

Herausgeber
FREIE WÄHLER LANDTAGSFRAKTION
Maximilianeum
Max-Planck-Str. 1, 81627 München
Tel.: 089 4126-2922
info@fw-landtag.de

V.i.S.d.P.:
FREIE WÄHLER LANDTAGSFRAKTION
Thorsten Glauber, MdL
Max-Planck-Str. 1, 81627 München

Redaktion
Thorsten Glauber

Art-Direktion & Design
CUBE werbeagentur gmbh

Bildnachweis
Michael Eder, Rolf Poss,
Nicolai Hartung, Gottfried Obermair

Thinkstock

Wollen Sie weiterhin kostenlos die Fraktionszeitung der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion erhalten?

Senden Sie uns das ausgefüllte Formular an FREIE WÄHLER Landtagsfraktion, Max-Planck-Str. 1, 81675 München oder schicken Sie uns eine E-Mail an **info@fw-landtag.de** oder ein Fax an **089 4126-1643**

FREIE WÄHLER
LANDTAGSFRAKTION

Ich möchte die Fraktionszeitung der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion bis auf Widerruf kostenlos per Post erhalten.

Vorname _____ Name _____

Straße, Hausnummer _____ PLZ, Ort _____

E-Mail _____

Ich willige in die Speicherung und Nutzung meiner oben angegebenen Daten zum Zwecke der Versendung der Fraktionszeitung der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion ein. Diese Einwilligung kann ich jederzeit, z.B. per E-Mail an **info@fw-landtag.de**, widerrufen.

Datum, Unterschrift _____